

Wirtschaftspolitik

Roland Döhrn / Wim Kösters

Im Jahresdurchschnitt 2005 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der EU insgesamt um 1,6%. Dies ist zwar weniger als im Jahr zuvor (2,4%), jedoch kommt darin in erster Linie das schwächere erste Halbjahr zum Ausdruck. Im Jahresverlauf belebte sich die Wirtschaft wieder spürbar. Insbesondere die Investitionen und die Ausfuhren zogen kräftig an. Aber auch der private Konsum gewann an Stärke. Treibende Kräfte waren die mit unvermindert hohem Tempo expandierende Weltwirtschaft und das günstige makroökonomische Umfeld. Die kurz- und langfristigen Zinsen blieben bis Ende 2005 niedrig und der Euro wertete im Jahresverlauf gegenüber dem Dollar ab. Letzteres trug wohl auch dazu bei, dass die Einfuhren vorübergehend rückläufig waren. Belastet wurde die Wirtschaft der EU-Länder allerdings weiterhin durch die hohen Energie- und Rohstoffpreise.

Die Entwicklung verlief in fast allen Ländern ähnlich, aber auf unterschiedlichem Niveau. Im Euro Raum ging das Wirtschaftswachstum von 2,0% in 2004 auf 1,3% in 2005 zurück. Besonders ausgeprägt war die Abschwächung in Italien, wo das BIP im ersten Vierteljahr sogar sank, so dass die Wirtschaftsleistung im Durchschnitt gerade noch das Vorjahresniveau erreichte. Deutlich langsamer wuchs auch die Wirtschaft Großbritanniens. Hier nahm das BIP nach 3,0% in 2004 nur um 1,8% zu, das ist die niedrigste Rate seit mehr als 10 Jahren. Unverändert kräftig blieb die Expansion in den neuen Mitgliedsländern. In einigen, allen voran in den baltischen Staaten, wuchs das BIP sogar rascher als 2004.

Am Arbeitsmarkt, wo bereits 2004 erste Anzeichen eines Umschwungs erkennbar waren, verbesserte sich die Lage im Verlauf von 2005 spürbar. Die Arbeitslosenquote sank von 8,9% im Januar auf 8,5% im Dezember, und diese Entwicklung hielt in den ersten Monaten von 2006 an. Am stärksten ausgeprägt war der Rückgang in Spanien. Hier hatte die Arbeitslosenquote vor wenigen Jahren noch weit über dem EU-Durchschnitt gelegen, inzwischen entspricht sie ihm nahezu. Dazu trug vor allem das anhaltend hohe Wirtschaftswachstum bei, insbesondere der Boom im Bausektor. Einen außerordentlich kräftigen Rückgang der Erwerbslosigkeit gab es auch in den baltischen Staaten. Bemerkenswert ist die Besserung in Polen und der Slowakei, den Ländern mit den gleichwohl unverändert höchsten Arbeitslosenquoten in der EU. Bescheiden waren hingegen die Fortschritte in Deutschland, Frankreich und Italien, wo das Wirtschaftswachstum niedrig war und insbesondere die hohe Langzeitarbeitslosigkeit nicht verringert werden konnte.

Die Preise stiegen gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex im Jahresdurchschnitt um 2,2%, und zwar sowohl in der EU insgesamt als auch im Euro Raum. Dort überstieg die Inflationsrate damit erneut den Zielwert der EZB von „nicht mehr als 2%“. Ausschlaggebend dafür war allerdings in erster Linie die Verteuerung von Rohstoffen und Energieträgern, während die sog. Kerninflationsrate, die die besonders volatilen Preise dieser Güter nicht enthält, sogar von 2,1 auf 1,5% gesunken war. Insgesamt gesehen differieren die Preissteigerungsraten zwischen den einzelnen Ländern wenig. Es gibt aber Anzeichen, dass die Preise dort, wo das Wirtschaftswachstum außerordentlich hoch war, auch überdurchschnittlich stiegen, namentlich in Lettland, Estland und Spanien. Die geringste Teuerungsrate wies mit 0,8% erneut Finnland auf.

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der EU-Länder

	Reales Wirtschaftswachstum ¹				Anstieg der Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³				Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte ⁴			
	2003	2004	2005	2003	2004	2005	2003	2004	2005	2003	2004	2005	2003	2004	2005	
Belgien	0,9	2,6	1,2	1,5	1,9	2,5	8,2	8,4	8,4	0,1	0,0	0,1				
Dänemark	0,7	1,9	3,1	2,0	0,9	1,7	5,4	5,5	4,8	1,0	2,7	4,9				
Deutschland	-0,2	1,6	0,9	1,0	1,8	1,9	9,0	9,5	9,5	-4,0	-3,7	-3,3				
Estland	6,7	7,8	9,8	1,4	3,0	4,1	10,0	9,7	7,9	2,4	1,6	1,6				
Finnland	2,4	3,6	2,1	1,3	0,1	0,8	9,0	8,8	8,4	2,5	2,3	2,6				
Frankreich	0,8	2,3	1,4	2,2	2,3	1,9	9,5	9,6	9,5	-4,2	-3,7	-2,9				
Griechenland	4,8	4,7	3,6	3,4	3,0	3,5	9,7	10,5	9,8	-5,8	-6,9	-4,5				
Großbritannien	2,5	3,1	1,8	1,4	1,3	2,1	4,9	4,7	4,7	-3,3	-3,3	-3,5				
Irland	4,3	4,5	4,7	4,0	2,3	2,2	4,7	4,5	4,3	0,2	1,5	1,0				
Italien	0,0	1,1	0,0	2,8	2,3	2,2	8,4	8,0	7,7	-3,4	-3,4	-4,1				
Lettland	7,2	8,5	10,2	2,9	6,2	6,9	10,5	10,4	9,0	-1,2	-0,9	0,2				
Litauen	10,5	7,0	7,5	-1,1	1,2	2,7	12,4	11,4	8,2	-1,2	-1,5	-0,5				
Luxemburg	2,0	4,2	4,2	2,5	3,2	3,8	3,7	4,8	5,3	0,2	-1,1	-1,9				
Malta	-2,5	-1,5	2,5	1,9	2,7	2,5	7,6	7,3	7,3	-10,2	-5,1	-3,3				
Niederlande	-0,1	1,7	1,1	2,2	1,4	1,5	3,7	4,6	4,7	-3,1	-1,9	-0,3				
Österreich	1,4	2,4	1,9	1,3	2,0	2,1	4,3	4,8	5,2	-1,5	-1,1	-1,5				
Polen	3,8	5,3	3,2	0,7	3,6	2,2	19,6	19,0	17,7	-4,7	-3,9	-2,5				
Portugal	-1,1	1,1	0,3	3,3	2,5	2,1	6,3	6,7	7,6	-2,9	-3,2	-6,0				
Schweden	1,7	3,7	2,7	2,3	1,0	0,8	5,6	6,3	7,8	0,1	1,8	2,9				
Slowakei	4,5	5,5	6,0	8,4	7,5	2,8	17,6	18,2	16,4	-3,7	-3,0	-2,9				
Slowenien	2,7	4,2	3,9	5,7	3,7	2,5	6,7	6,3	6,3	-2,8	-2,3	-1,8				
Spanien	3,0	3,1	3,4	3,1	3,1	3,4	11,1	10,6	9,2	0,0	-0,1	1,1				
Tschechische Rep.	3,2	4,7	6,0	-0,1	2,6	1,6	7,8	8,3	7,9	-6,6	-2,9	-2,6				
Ungarn	3,4	4,6	4,1	4,7	6,8	3,5	5,9	6,1	7,2	-6,4	-5,4	-6,1				
Zypern	1,9	3,9	3,8	4,0	1,9	2,0	4,1	4,7	5,3	-6,3	-4,1	-2,4				
EU insgesamt	1,2	2,4	1,6	1,9	2,1	2,2	9,0	9,1	8,7	-3,0	-2,6	-2,3				
Dar.: EWU	0,7	2,0	1,3	2,1	2,1	2,2	8,7	8,9	8,6	-3,0	-2,8	-2,4				
EU-15	1,1	2,3	1,5	2,0	2,0	2,1	8,0	8,1	7,9	-2,9	-2,6	-2,3				

Eigene Berechnungen nach Angaben von EUROSTAT und nationalen Quellen.

¹ Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP. | ² EU: Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

³ Standardisierte Arbeitslosenquote nach EUROSTAT, Jahresdurchschnitt. | ⁴ In % des BIP.

Geldpolitische Wende

Vor dem Hintergrund einer anziehenden Teuerung, wenn auch vorerst noch nicht der Kerninflation, und der wieder kräftigeren Konjunktur vollzog die EZB Ende 2005 eine Wende in ihrer Geldpolitik. Seit Juni 2003 hatte sie ihre Leitzinsen auf niedrigem Niveau konstant gehalten. Der Hauptrefinanzierungssatz hatte seitdem 2,0% betragen. Am 6. Dezember 2005 hob sie diesen Zins um 1/4-%-Punkt an; dem folgten zwei weitere Zins-schritte in gleicher Höhe im März und im Juni 2006.

Zu diesen Entscheidungen trug maßgeblich bei, dass die Geldmenge und das Kreditvolumen in immer stärkerem Maße stiegen. 2005 war die Geldmenge M3 um 7,4% gewachsen, nach 5,9% im Jahr zuvor. Bereits seit 2001 ist sie mit einer Rate ausgeweitet worden, die über dem Referenzwert der EZB von 4,5% liegt. Anfangs sah die EZB darin noch kein Inflationsrisiko, da sich der Anstieg zu einem erheblichen Teil auf Umschichtungen in den Portfolios der Anleger zurückführen ließ. Inzwischen jedoch sind die Kredite zur treibenden Kraft der monetären Expansion geworden. Die Kreditvergabe an Unternehmen stieg 2005 um 8,1% im Jahresdurchschnitt, und das Expansionstempo beschleunigte sich im Jahresverlauf. Dies weist darauf hin, dass mit der besseren Konjunktur die reichlich vorhandene Liquidität im Euro Raum in zunehmendem Maße nachfragewirksam wird.

Insofern war der Kurswechsel der EZB geboten. Dies gilt umso mehr, als für 2006 ein erneut stärkerer Preisanstieg droht, und dies nicht nur auf Grund der nochmaligen Verteuerung von Rohstoffen, sondern auch, weil der bisherige Anstieg der Rohstoffpreise beginnt, auf die Erzeugerpreise in der Industrie durchzuschlagen. Allerdings dürfte dieser sog. „Zweitrundeneffekt“ vorerst deshalb gering bleiben, weil der Lohnanstieg im Euro Raum nach wie vor moderat ist; er betrug zuletzt 2,1%, was im langfristigen Vergleich wenig ist.

Im Gegensatz zur EZB hatte die Bank von England bereits 2004 begonnen die Zinsen anzuheben. 2005 senkte sie die Zinsen sogar wieder leicht, da sich die Konjunktur abkühlte, und weil dem Boom auf den Immobilienmärkten die Spitze genommen wurde. In den neuen Mitgliedsländern der EU senkten die Notenbanken die Zinsen zumeist, da hier die Inflationsraten deutlich zurückgingen.

Leicht verbesserte Lage der öffentlichen Haushalte

Die Lage der öffentlichen Haushalte in den EU-Ländern verbesserte sich 2005 im Durchschnitt entgegen den Prognosen vom Jahresbeginn. Das zusammengefasste Budgetdefizit verminderte sich von 2,6% des BIP auf 2,3%. Im Euro-Raum war die Entwicklung sogar noch etwas günstiger, der durchschnittliche Fehlbetrag sank von 2,8% auf 2,4% in Relation zum BIP. Nach Auffassung der Europäischen Kommission war dies im Wesentlichen auf eine stärker auf Haushaltskonsolidierung ausgerichtete Finanzpolitik zurückzuführen. Nach neueren Berechnungen verbesserte sich der konjunkturbereinigte Budgetsaldo um etwa 1 %-Punkt. Ob dies allerdings, angesichts der methodischen Probleme einer Konjunkturbereinigung am aktuellen Rand, zum Nennwert zu nehmen ist, darf bezweifelt werden. Auffällig ist nämlich, dass sich in erster Linie die Einnahmensituation der EU-Länder überraschend stark verbesserte, während die Ausgaben nur wenig hinter den Projektionen zurückblieben. Dies weist nicht gerade auf verstärkte Konsolidierungsbemühungen hin.

Ungeachtet der etwas besseren Haushaltslage im Durchschnitt der EU-Länder hat die Zahl der Staaten zugenommen, die gegen die fiskalischen Kriterien des Vertrages von Maastricht verstoßen. Die Verfahren wegen übermäßigen Defizits gegen Deutschland und Frankreich ruhen nach wie vor. Weiter liefen die 2004 eröffneten Defizitverfahren gegee

Griechenland und Ungarn. Neu eröffnet wurden Verfahren gegen Großbritannien, Italien und Portugal. Beendet wurde einzig das Verfahren gegen die Niederlande. Deren Haushaltsdefizit war 2004 unter die 3%-Marke gesunken, und sie wiesen 2005 einen nahezu ausgeglichenen Haushalt auf.

Insofern gibt die etwas entspannte Haushaltsituation wenig Anlass zu der Hoffnung, dass die Finanzpolitik in der EU nach der Reform des Stabilitätspaktes einen glaubwürdigeren Konsolidierungskurs verfolgt als in der Vergangenheit. Eher ist zu befürchten, dass die erhöhte Flexibilität beim Abbau der Fehlbeträge dazu führt, dass die Konsolidierung immer wieder verschoben wird, während der „präventive Arm“ des Paktes, der mit der Reform gestärkt werden sollte, nicht greift. Danach sollen in wirtschaftlich guten Jahren die Sparanstrengungen verstärkt werden. Die im Dezember 2005 veröffentlichten Stabilitätsprogramme sehen aber für 2006 per saldo keinen Abbau der strukturellen Haushaltsfehlbeträge vor, obwohl alle vorliegenden Prognosen für das laufende Jahr eine kräftige wirtschaftliche Expansion vorhersagen.

Es ist daher schon jetzt absehbar, dass bei nachlassender wirtschaftlicher Entwicklung in Zukunft die öffentlichen Haushaltsdefizite wieder ansteigen werden und die 3%-Marke in einer Reihe von Ländern überschritten wird.

Gefahren für die Nachhaltigkeit der EWU

Einige wirtschaftspolitische Entwicklungen in der letzten Zeit geben Anlass, an dieser Stelle erneut auf die von ihnen ausgehenden Gefährdungen für die Nachhaltigkeit der EWU hinzuweisen. Die Funktionsfähigkeit der EWU ist nur dann auf Dauer gesichert, wenn die im Maastrichter Vertrag festgelegte europäische Geldordnung von allen Seiten voll respektiert sowie der Europäische Binnenmarkt endlich vollendet wird und seine Regeln strikt eingehalten werden. Die aktuelle Wirtschaftspolitik in den EWU-Mitgliedstaaten wird diesen grundlegenden Erfordernissen nicht gerecht und gefährdet dadurch die Nachhaltigkeit der EWU. Dies soll im Folgenden an einigen Beispielen deutlich gemacht werden.

Wie gezeigt, werden die Staatshaushalte in den EWU-Ländern trotz der gegenwärtig guten Konjunkturlage nicht entschlossen konsolidiert. Die „Reform“ des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) hat eher zu einer Verwässerung der Regeln für die Finanzpolitik geführt. Insbesondere die großen Mitgliedstaaten verstoßen seit Jahren gegen den Stabilitätspakt. Hinzu kommt, dass einige Länder unzutreffende Daten über ihre Haushaltssituation veröffentlichten. So wurde 2005 bekannt, dass Griechenland jahrelang seine Defizit- und Schuldenstandsdaten falsch ermittelt hatte und nicht in die EWU hätte aufgenommen werden dürfen. Auch die Angaben Italiens werden inzwischen kritisch überprüft.

Gefährdet wird die Glaubwürdigkeit der Währungsunion auch durch EWU-kritische Äußerungen von Politikern. So forderte der italienische Arbeitsminister Roberto Moroni im Juni 2005, Italien solle die EWU verlassen und die Lira wieder einführen. Mitglieder der französischen und der italienischen Regierung verlangten zudem wiederholt, das Preisniveaueziel und die Unabhängigkeit der EZB zu relativieren. Der französische Innenminister und aussichtsreichste Präsidentschaftskandidat des bürgerlichen Lagers, Nicolas Sarkozy, forderte im Juni 2006 ein grundsätzliches Überdenken der Statuten und Ziele der EZB¹ mit der Absicht, die strikte Orientierung der EZB am Ziel der Preisniveaustabilität zu lockern und sie stärker in die allgemeine Wirtschaftspolitik einzubinden, d.h., ihre Unab-

1 FAZ vom 24.06.2006, S. 14.

hängigkeit einzuschränken. Der Präsident der Euro-Gruppe des ECOFIN-Rates, Jean Claude Juncker, und der für Währungsfragen zuständige EU-Kommissar Joaquin Almunia schlugen dem Präsidenten der EZB Jean Claude Trichet im April 2006 in einem Brief häufigere Treffen zu Dritt vor, mit dem Ziel einer besseren Koordination zwischen Geld- und Finanzpolitik². Auch dies würde die Unabhängigkeit der EZB gefährden. Trichet hat inzwischen allerdings das Ansinnen auf seiner Pressekonferenz im Juni 2006 und vor dem EU-Parlament deutlich zurückgewiesen.

Diese Beispiele zeigen, dass die Geldverfassung der EWU noch nicht voll akzeptiert ist, sondern von interessierter Seite immer wieder zur Disposition zu stellen versucht wird. Hinzu kommen gegenwärtig gravierende Probleme bei der Umsetzung schon beschlossener Regeln zur Vollendung des Europäischen Binnenmarkts. So versuchen einige Länder, Übernahmen heimischer Unternehmen durch andere Unternehmen aus EU-Mitgliedstaaten zu verhindern. Spanien will die Übernahme der Endesa durch die deutsche E.ON abwehren und Polen den aus der Fusion von Unicredit und HypoVereinsbank resultierenden Zusammenschluss der polnischen Töchter Pekao und BPH verbieten. Das verstößt klar gegen ein konstitutives Merkmal jeder Währungsunion, dem vollkommen freien Kapitalverkehr. Ein weiteres Beispiel ist die europäische Dienstleistungsrichtlinie. In ihr sollte zunächst das Ursprungslandprinzip verankert werden. Das wurde insbesondere auf Betreiben der großen EU-Länder zurückgewiesen. Stattdessen wurde im europäischen Parlament schließlich eine stark verwässerte Fassung verabschiedet, in der nunmehr das Bestimmungslandprinzip die Regel und das Ursprungslandprinzip die Ausnahme ist. Dies führt zu einer Beschränkung des Dienstleistungshandels. Da der Beitrag der Dienstleistungen zum BIP in den EU-Ländern im Durchschnitt etwa 70%, der Anteil am innergemeinschaftlichen Handel aber nur 40% beträgt, wird eine wichtige Quelle der Wohlstandssteigerung nicht adäquat genutzt. Zudem gibt es eine Reihe von nationalen Maßnahmen, die gegen den Geist, wenn nicht die Buchstaben, der Regeln des Europäischen Binnenmarkts verstoßen und den Wettbewerb weiter einschränken. Dazu zählen die Ausweitung des Geltungsbereichs der Entsenderichtlinie in Deutschland, die Forderungen des französischen Premierministers nach mehr ökonomischem Patriotismus, die Erklärung bestimmter französischer Unternehmen als strategisch wichtig, so dass sie nicht von ausländischen Unternehmen übernommen werden dürfen, und schließlich der Versuch Frankreichs, mit staatlicher Unterstützung durch Fusionen nationale Champions zu schaffen.

Durch all dies wird der mögliche Wettbewerb im Binnenmarkt eingeschränkt. Der Druck zur Durchführung der dringend benötigten Strukturreformen in den Mitgliedsländern ist daher geringer. Sie kommen folglich in den größeren EWU-Ländern nicht schneller voran als im Rest der OECD. Ein höheres Tempo wäre aber gerade in der EWU notwendig, um die Löhne und Preise flexibler zu machen. Dies ist erforderlich, um den Wegfall zweier nationaler wirtschaftspolitischer Anpassungsinstrumente in der EWU, Geld- und Wechselkurspolitik, sowie die eingeschränkten Einsatzmöglichkeiten der Finanzpolitik zu kompensieren.

2 FAZ vom 12.06.2006, S. 2.

Weiterführende Literatur

Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006.

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Internationale Konjunktur bleibt aufwärts gerichtet. In: RWI-Konjunkturberichte, Jahrgang 57 (2006), S. 3-23.

European Commission (Hrsg.): Economic Forecasts Spring 2006, in: European Economy, No.2 (2006).

European Commission (Hrsg.): Quarterly Report on the Euro Area. Vol. 5 (2006), No 2.

Europäische Zentralbank (Hrsg.): Jahresbericht 2005, Frankfurt am Main 2004.